



11/2011

1. Der Papst in Deutschland – wir sagen: „Herzlich Willkommen!“

Es ist eine Auszeichnung für unser Land, dass Papst Benedikt XVI. vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat. Sein Aufenthalt wird dem christlichen Leben in Deutschland neue Impulse verleihen. Es ist beschämend, dass in den Reihen der Oppositionsfraktionen zum Boykott der Rede aufgerufen wurde, nachdem zuvor alle Fraktionen der Einladung des Papstes zugestimmt hatten. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen ist es eine ganz besondere Freude, dass Papst Benedikt XVI. in dieser Woche seine Heimat besucht. Die Union begleitet das christliche Leben in Deutschland naturgemäß besonders intensiv. Wir verstehen uns nicht als politischer Arm der christlichen Kirchen, sind ihnen aber eng verbunden. Der geistige Fixpunkt unseres Handelns ist und bleibt auch in Zukunft das christliche Menschenbild. Seinen Werten, der Würde und Freiheit des Menschen, sind wir verpflichtet. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir in den vergangenen Monaten einen intensiven Dialog mit den Repräsentanten der Kirchen geführt. In einer Reihe von Veranstaltungen sind wir der Frage nachgegangen, welche konkrete Ausformung das christliche Menschenbild heute beispielsweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder im Bereich des Lebensschutzes erfahren und wie es in konkrete politische Entscheidungen übersetzt werden kann.

2. Arbeitsmarkterfolg ist uns Ansporn und kein Ruhekitzen

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal verzeichnen wir nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisch deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011. Insbesondere für Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Auf diesem Erfolg werden wir uns nicht ausruhen. Deshalb gehen wir nach der Reform der Jobcenter und der Reform des Leistungsrechts in dieser Woche mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die dritte große Baustelle an. Im Zentrum unserer Bemühungen steht dabei, durch eine wirkungsvollere Förderung arbeitssuchende Menschen schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen. Gleichzeitig ordnen wir in der Grundsicherung für Arbeitssuchende den Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitssuchende mit genau der Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb schaffen wir mit dem Gesetz nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort.

3. Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland unter den besten Zehn

Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in Forschung und Entwicklung.

4. Optimierung der Geldwäscheprävention auf den Weg bringen

Mit dem Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention wird der Wirtschaftsstandort Deutschland wirksamer vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschützt. Nachdem bereits die aufsichtsrechtlichen Defizite im Präventionssystem gegen Geldwäsche beseitigt und durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz der Vortatenkatalog des Straftatbestands der Geldwäsche erweitert wurde, sind nunmehr zusätzliche Änderungen im Geldwäschegesetz und untergesetzliche Begleitmaßnahmen vorgesehen, um die Einhaltung der Standards der "Financial Action Task Force on Money Laundering" (FATF) sicherzustellen.

5. Terroristische Strukturen zerstören

Deutschland steht auch zehn Jahre nach dem 11. September 2001 weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Am 2. März 2011 wurde auf dem Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag auf deutschem Boden verübt. Mehrere Anschläge wie jene der „Kofferbomber“, der „Sauerlandgruppe“, der „Düsseldorfer Zelle“ sowie jüngste Anschlagplanungen in Berlin wurden verhindert. Die christlich-liberale Koalition setzt alles daran, die Menschen in unserem Lande vor Anschlägen zu schützen. Oberstes Ziel ist es, terroristische Strukturen zu erkennen und zu zerstören. Deshalb haben wir in dieser Woche drei wichtige Vorhaben beraten: Mit der Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze geben wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente an die Hand, um Terrorpläne aufzudecken. Die Einrichtung der Visa-Warndatei hilft zu erkennen, ob jemand aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen möchte. Die weitere Optimierung der Geldwäscheprävention dient der Verhinderung der Terrorismusfinanzierung. Damit werden wir auch künftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wer aber unserer Gesellschaft feindlich gesinnt ist, gegen den gehen wir mit aller Härte vor.

6. Faire Teilhabechancen von Anfang an – Frühkindliche Betreuung und Bildung fördern

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Faire Teilhabechancen von Anfang an – Frühkindliche Betreuung und Bildung fördern formuliert Maßnahmen zur weiteren Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung. Neben dem quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung werden weitere bildungspolitische Ziele thematisiert, darunter die Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung bei der Infrastruktur und beim Personal der Kindertageseinrichtungen sowie der Tagespflegepersonen. Der Antrag enthält einen Katalog mit 20 Prüfaufträgen und Forderungen, von denen eine wichtige die Einberufung eines Strategiekreises unter Beteiligung der Kirchen, der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände und anderer Anbieter in freier Trägerschaft ist, um so zu einer Bildungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu kommen.

7. Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verbessern

Aktuell wird das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Versorgungsstrukturgesetz beraten, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln wird sichergestellt. Auch sollen Behandlungsabläufe für Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden. Die Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch dazu, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird. Darüber hinaus sind Regelungen zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Cajus Caesar

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de